

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Sellin und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2016 —

Privatisierung der Deutschen Pfandbriefanstalt

Der Bundesminister der Finanzen – VII B 3 – W 7430 – 43/88 – hat mit Schreiben vom 29. März 1988 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Ziel der Bundesregierung ist es, die unternehmerische Betätigung des Bundes auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. In der Sozialen Marktwirtschaft haben Privatinitiative und Privateigentum grundsätzlich Vorrang vor staatlicher Wirtschaftsaktivität. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung u. a. auch die Beteiligung des Bundes an der Deutschen Pfandbriefanstalt (Depfa) überprüft. Aufgrund dieser Überprüfung soll die Deutsche Pfandbriefanstalt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden; danach die Anteile des Bundes veräußert werden, weil ein wichtiges Interesse des Bundes gemäß § 65 Abs. 1 Nr. 1 Bundeshaushaltsordnung nicht mehr vorliegt. Dies ist auch Meinung des Bundesrechnungshofs.

1. Wie ist die laut Kabinettsbeschuß beabsichtigte Privatisierung der Deutschen Pfandbriefanstalt mit dem „Sozialauftrag“ des Staates vereinbar?

Aus dem Sozialstaatsprinzip nach Artikel 20 Abs. 1 GG ergibt sich nicht eine Verpflichtung des Staates, Leistungen aller Art anzubieten, die auch von privaten Unternehmen erbracht werden können.

Auf dem Gebiet der Bankdienstleistungen und insbesondere bei den Krediten für den Bau oder Erwerb von Wohnungen und Wohneigentum gibt es seit Jahre einen intensiven Wettbewerb der Kreditinstitute. Deshalb ist es nicht notwendig, daß der Bund

weiterhin ein besonderes Kreditinstitut für diese Zwecke unterhält.

Sofern Teile der Bevölkerung zu Marktbedingungen nicht angemessen mit Wohnraum versorgt werden können, stehen andere Instrumente zur Verfügung, um den sozialen Ausgleich herzustellen.

2. Aufgrund welcher Überlegungen ist die Bundesregierung zu der Ansicht gelangt, daß für die Deutsche Pfandbriefanstalt keine öffentlichen Aufgaben mehr existierten oder erkennbar seien (siehe z. B. Handelsblatt vom 26. Januar 1988)?

Die Antwort ergibt sich aus der Antwort zu Frage 1. Die Deutsche Pfandbriefanstalt ist in einem Geschäftsbereich tätig, der heute gleichermaßen auch von anderen im Wettbewerb stehenden Kreditinstituten abgedeckt wird.

3. Wie vereinbart sich diese Position mit dem im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hypothekendarbankgesetzes und anderer Vorschriften für Hypothekendarbanken (Drucksache 11/1820) konstatierten Mehrbedarf an öffentlicher Wohnungsbauförderung?

Die Bundesregierung hat in der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hypothekendarbankgesetzes und anderer Vorschriften für Hypothekendarbanken nicht einen Mehrbedarf an öffentlicher Wohnungsbauförderung festgestellt, sondern ausgeführt, daß sich die Marktbedingungen, insbesondere die Refinanzierungsbedingungen der Hypothekendarbanken durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Wohnungsbauförderung geändert haben. Dies ist ein Grund für die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Hypothekendarbanken.

4. Warum wird die Deutsche Pfandbriefanstalt nicht – ähnlich wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau – mit dringenden Aufgaben wie der Finanzierung von regionalen Infrastruktur-Programmen betraut?

Die Deutsche Pfandbriefanstalt hat ihren Geschäftsschwerpunkt im Real- und Kommunalkreditgeschäft. Letzteres dient nicht zuletzt auch der Finanzierung der regionalen Infrastruktur. Darüber hinaus stehen für die Durchführung von Maßnahmen des Bundes zur Wirtschaftsförderung, soweit diese mit Kreditgewährungen verbunden sind, geeignete Kreditinstitute bereits zur Verfügung.

5. Welche Berechnungen liegen der Bundesregierung hinsichtlich des geplanten Personalabbaus vor, der voraussichtlich mit der Privatisierung einhergehen wird?

Der Bundesregierung liegen keine Berechnungen über die zukünftige Personalentwicklung bei der Deutschen Pfandbriefan-

stalt vor. Die Personalpolitik eines Unternehmens wird nicht von der Rechtsform bestimmt.

6. Wurde der Belegschaft der Deutschen Pfandbriefanstalt ein Gutachten oder Umstrukturierungsplan für die Überleitung zur Privatisierung vorgelegt?

Die Belegschaft der Deutschen Pfandbriefanstalt ist über ihren Personalrat von der geplanten Privatisierung unterrichtet worden. Außerdem nimmt der Vorsitzende des Personalrates an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil.

7. Welche Veränderungen in der Geschäftspolitik wird der für die „Vorbereitungsphase der Privatisierung“ eingesetzte Sprecher des Vorstands der Deutschen Bau- und Bodenbank vornehmen?

Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt ist Dr. Ludwig Schork. Gemäß § 22 Abs. 1 der Satzung der Deutschen Pfandbriefanstalt führt der Vorstand die Geschäfte der Bank in eigener Verantwortung.

8. Ist nicht voraussehbar, daß angesichts der Entwicklungstendenzen im Kreditgewerbe, insbesondere der „Anlehnung“ vieler Hypothekenbanken an Großbanken, die Privatisierung der Deutschen Pfandbriefanstalt zu einer weiteren Konzentration der Finanzinstitute führen wird?

Neben den in Mehrheitsbesitz von Großbanken befindlichen Hypothekenbanken gibt es andere Hypothekenbanken, die sich erfolgreich am Markt behaupten.

9. Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit die Deutsche Pfandbriefanstalt in dem Umfeld der privaten Hypothekenbanken ohne direkte Verbindung zu einem potenten Partner operieren könnte?

Der Entwurf eines Gesetzes über die Umwandlung der Deutschen Pfandbriefanstalt in eine Aktiengesellschaft sieht in § 6 Übergangsregelungen vor, welche der Deutschen Pfandbriefanstalt den Übergang von den gesetzlichen Rahmenbedingungen eines öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutes in die einer Hypothekenbank erlauben. Vor diesem gesetzlichen Hintergrund wird es dem Vorstand der Deutschen Pfandbriefanstalt möglich sein, eine die Zukunft der Bank und ihrer Belegschaft sichernde Geschäftspolitik zu betreiben.

10. Wie beurteilen die Deutsche Bundesbank sowie das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen diese Privatisierungsentscheidung, und

welche Schritte wurden unternommen, um auch seitens der Öffentlichkeit bzw. seitens der Kommunen eine Beurteilung einzuholen?

Die Bundesbank und das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen haben zur Privatisierungsentscheidung der Bundesregierung bezüglich der Deutschen Pfandbriefanstalt nicht Stellung genommen. Die Bundesregierung hat ihre Privatisierungspolitik bei verschiedenen Anlässen öffentlich bekanntgegeben. Die Kommunen, die Anteile an der Deutschen Pfandbriefanstalt halten, sind über die Privatisierungsabsicht der Bundesregierung rechtzeitig unterrichtet worden.